



Konferenz der Landesbeauftragten

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur

Landesbeauftragte fordern weitere Rekonstruktion zerrissener Stasi-Akten

Die Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur haben sich in ihrer ersten Sitzung in diesem Jahr nachdrücklich dafür ausgesprochen, die Erschließung der Stasi-Akten mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten weiter voranzubringen. Dazu gehört besonders auch die Rekonstruktion der Akten, die das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 1989 und 1990 versuchte zu vernichten, um seine Machenschaften zu vertuschen.

Das zur Rekonstruktion dieser Akten eigens vom Fraunhofer-Institut entwickelte Verfahren sollte weiter genutzt und der noch zu langsame Scanner sollte technologisch optimiert werden. Die vom Bundestag 2015 dafür beschlossenen Mittel von 2 Millionen Euro sind schnellstmöglich freizugeben. Zur Aufarbeitung der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit ist die technologisch gestützte Rekonstruktion der Akten wichtig. In den letzten Jahren sind damit wichtige Erkenntnisse über die Tätigkeit der Staatssicherheit u.a. in der Bundesrepublik, das Staatsdoping und über Personen des öffentlichen Lebens gewonnen worden. Dieser Weg sollte weiter beschritten werden.

Tom Sello, Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur des Landes Berlin

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Mecklenburg-Vorpommern

Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Christian Dietrich, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur